

Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags.
Im letzteren Case mit dem illustrierten Unterhaltungsblatte.

Anzeiger für Eltville-Oestrich

Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1.50
= ohne Frägerlohn oder Postgebühr
= Inseratenpreis pro sechsspalige Pfeilzelle 20 Pf.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Expeditionen: Eltville und Oestrich.

Druck und Verlag von Adam Ellenne in Oestrich.

Telegraphen No. 88.

= Größte Abonentenzahl =
aller Rheingauer Blätter.

Größte Abonentenzahl in der
Stadt Eltville und Umgebung.

N° 25

Dienstag, den 27. Februar 1919

70. Jahrgang

Amtlicher Teil.

F.B. 99. Diejenigen Personen, welche sich seit Anfang des Krieges im Besitz von Möbeln, Kunstdingen, Juwelen, Wertpapieren jeglicher Art, Kleidungsstücken, Büchern usw. befinden, die aus Frankreich oder aus Belgien stammen, sind verpflichtet, dieselben bis spätestens 1. März 1919 anzumelden.

Diese Anmeldung wird der französischen Militär-Berwaltung (Administrateur Militaire du Cercle) eingereicht oder auf dem Bürgermeisteramt abgegeben. Von da aus wird sie unverzüglich der Militär-Berwaltung weitergegeben.

In ihrem eigenen Interesse müssen die Inhaber solcher Gegenstände, die eine Bescheinigung von dem früheren Besitzer oder von einer deutschen Civil- oder Militärbehörde vorlegen können, dass sie im rechtmäßigen Besitz der Gegenstände sind, diese der Anmeldung befügen. Werden bei einem Einwohner nach dem 1. März 1919 Gegenstände vorgefunden, welche nicht angemeldet worden sind, so läuft derselbe Gefahr, streng bestraft zu werden.

gez.: Mangin.

Vorstehender Befehl wird auf Anordnung des Herrn Kreisverwalters hiermit veröffentlicht.

Die Herren Bürgermeister ersuchen um vorläufige Bekanntgabe. Abdrücke zum Anschlag werden überwandt.

Rüdesheim a. Rh., den 21. Februar 1919.

Der Landrat.

Rheinische Demobilisierte.

Die deutschen rheinischen Soldaten, welche im Augenblick des Waffenstillstandes in Mainz in Behandlung waren, werden nach Maßgabe ihrer Heilung entlassen, anstatt nach Deutschland geschickt zu werden, um dort ihren Entlassungsschein zu holen. In Erwartung dieses leichten wird ihnen ein Zettel ausgestellt, welcher diese besondere Behandlung feststellt und die Genehmigung enthält, dass sie sich in dem Gebiet der X. Armee anhalten dürfen, vorausgesetzt, dass sie sich daselbst am 1. August 1914 aufzuhalten haben. Da diese Leute längeren Aufenthalt in einem Lazarett des Gebietes gehabt haben, so werden sie den Schutzmaßnahmen gegen Typhus, wie sie für die zurückkehrenden im allgemeinen vorzusehen sind, nicht unterworfen.

F.B. 100. Vorstehende Mitteilung des Herrn Franz Kreisverwalters wird hiermit veröffentlicht.

Rüdesheim a. Rh., den 22. Februar 1919.

Der Landrat.

Kriegsministerium
R. 181/12. 18 C 8 V.

1. Aufgrund Unterbindung des Postverkehrs mit den vom Feinde besetzten deutschen Gebieten besteht für diejenigen Empfänger von Versorgungsgebührenen u.s.w. die jenseitige Verlassen und in den Bezirken anderer Verwaltungsbereichen Wohnung genommen haben, keine Möglichkeit, ihre Versorgungsgebührenen u.s.w. in der bisherigen Weise zu empfangen.

2. Zur Befestigung dieser Schwierigkeiten wird die Gen.-Wil. R. (V. P. R.) angewiesen werden, den vorstehend näher bezeichneten Empfängern auf Antrag Vorschüsse auf die fälligen Gebührenen u.s.w. zu zahlen.

3. Solche Anträge sind zu richten:

a) seitens der pensionierten Offiziere und Beamten an die Renten-Abteilung;
b) seitens der Empfänger von Invalidenpensionen und Militärenten an die Renten-Abteilung;

c) seitens der Hinterbliebenen von Militärpersonen, an die Versorgungs-Abteilung für Hinterbliebene.

4. Die Anträge müssen enthalten:

a) Namen (Vor- und Familiennamen), bei Witwen auch Mädchennamen,
b) letzten Dienstgrad des Empfängers, bei Hinterbliebenen des verstorbenen Mannes oder Vaters;
c) bisherige Wohnung,

d) zuletzt zuständig gewesene Rentenabteilung, zuletzt zuständig gewesene Zahlende Postanstalt,

e) bisherige Stammmarken Nr. und Katasterzeichen,
f) Höhe der betr. monatlichen Gebührenen (einzelne Fälle getrennt aufgeführt),

g) Angabe bis zu welchem Zeitpunkt diese Gebührenen u.s.w. empfangen sind,

h) Erklärung, dass eine Polizei zur Weiterabhebung der Gebührenen in dem früheren Wohnort durch Angehörige u.s.w. nicht erlaubt worden ist,

i) jeglichen Aufenthaltsort unter genauer Wohnungsaufgabe. Renten- u.s.w. Bescheid, Rentenbuch, Militärpass sind mit vorzulegen.

Es befinden sich gegenwärtig die Versorgungsämter:

13. A. R. in Koblenz,

15. A. R. in Cochem,

16. A. R. in Roßlau (Anhalt),

18. A. R. in Frankfurt a. M.

21. A. R. in Saarbrücken.

Berlin, den 18. Januar 1919.

Der Kriegsminister.

Im Auftrage:

Graf v. Schmettow.

Der Unterstaatssekretär.

Göhre.

An die Magistrate und Herren Bürgermeister.

Das Reichsversicherungsamt weist in einem Rundschreiben erneut darauf hin, dass alle Landwirte, die elektrische Kraft in ihren Betrieben verwenden, auf genaue Befolgung der Anordnungen für die Verwendung des elektrischen Stromes unter Wahrung der Orts-Polizeibehörden hingewiesen werden. Ich ersuche um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung.

Alle dort bekannt wördenden Fälle von bestehenden nicht vorchristlich angelegten Zeitungen sind mit unverzüglich unter Radierung des Herausellers anzugeben.

Rüdesheim a. Rh., den 22. Februar 1919.

Der Vorsitzende des Sektionsvorstandes.

Die landwirtschaftliche Bevölkerung wird im Anbetracht der kommenden Gründungsbesetzung darauf hingewiesen, dass in der Sabordierung von Herb. Heim & in Rüdesheim, garnisonsmäßig Schafstiel zum Preise von 16.00 Mk. bis 20.50 Mk. sowie Pferdestiel mit Poloschalen zum Preise von 12.00 Mk. zu erhalten sind. Die Stiele haben die Größe 26 bis 30 (Militärmach) und haben ohne Bezugsschein abzugeben.

Rüdesheim a. Rh., den 24. Februar 1919.

Der Kreisausschuss des Rheingaukreises.

In ernster Stunde!

In Weimar wird auf dem nun abgestellten partizipatorischen Kampfplatz noch allen Regeln der Partei-Strategie und parlamentarischen Taktik mit den Waffen und der Stimme um die Neuordnung gespielt. Die Reichshauptstadt ist zurzeit nicht Kampfplatz politischer Ereignisse, sondern nur Beobachtungsorten, wo dem aus der Welt hörnd, nach Weimar gerichtet ist. Die neueren Ereignisse des Bürgerkriegs spielen sich nur im Ruhrgebiet und in Südniedersachsen ab. Sie beweisen durch die Häufung der Schamlosigkeit und viele andere Zeichen die moralische Verzweiflung eines breiten Schicht, zum schwere Erklärungh der Volksseele, an deren Heilung wir indes so fest zuhalten wollen wie Scheidemann, der sich einem Ausflug gegenüber auch heute noch zum Optimismus bewegt. Es ist von entscheidender Wichtigkeit, dass wir alle den unterschiedlichen Glauben an die Wiederherstellung von schwerer Krankheit der Zeit zur Reichskanzlers Hand das machen. Nicht die traumatischen Ereignisse, nur die Selbstauflösung in Hoffnungslosen pessimismus kann die Zukunft eines Volkes vernichten. Die unerträglichen Ereignisse in München, die Schlag am Schlag eine Reihe von Opfern sinnloser Anschläge fallen lassen, Opfer, die den verschiedenen gegeneinander stehenden Parteien angehören, die trostlosen Ereignisse im Ruhrgebiet, die längst die Regierung zum Eigentumsrecht der Durchgreifen hätten verlassen müssen, legen solche Nahrung besonders nahe. Die bisherigen Wirren in verschiedenen Teilen des Reiches haben gezeigt, dass die Regierung, sobald sie Taktik zeigt, die Kraft zur Wiederverstellung der Ordnung besitzt. Der Verlauf der Dinge hat jetzt gezeigt, dass das deutsche Volk auch jetzt unter den seelischen Wirkungen des Zusammenbruchs den Sinn für vernünftige Ordnung nicht eingebüßt hat und auch aus tiefsten Erregungen und Unruhen heraus immer wieder die Wege der Ordnung sucht und findet. Wir dürfen auf die erneute Bewährung des Grundzuges im deutschen Volkscharakter hoffen und müssen uns von dieser Hoffnung leiten lassen. Wir dürfen auch hoffen, die Erklärung wird sich bewähren, dass wie bei einem Einzelorganismus so in einer Volksgesundheit die Zustände der Überzeugung nach Einigkeit ablehnen müssen. Dabei stellt die Zahl derer, die das Volk im Sturm zum Loser Leidenschaften an erhalten wünschen, eine geringe Minorität dar, und es zeigt sich, dass die schweren Erschütterungen immer aus einem oder einige Bezirke beschränkt bleiben, während im übrigen Lande die Anpassung an neue Verhältnisse ihren Gang geht. Das ändert nichts an dem durchdringenden Ernst der Ereignisse im Ruhrgebiet und in München, nichts an der Tatsache, dass an der Brandstätte der Spartakusbewegung das gemeinsame Verbrennen in die Politik mischt, das vielfach statt des politischen Kampfes der Kampf des Verbündeten gegen alle Ordnung und all's Recht wütet und die schlimmsten antisozialen Elemente von der Reichskanzlerin der Zeit und der Schwäche der Staatsgewalt Außen ziehen. Die Völker des Verbandes haben vom deutschen Volke nichts mehr zu fürchten. Die Kraft, die sich kriegerisch äußern könnte, ist gebrochen. Der Heilungsweg wird auf Geschlechter hausaus alles in Anspruch nehmen, was an Kraft im Volkskörper noch vorhanden ist. Die durchbare Erhaltung der Kriegszeit, der Sieg des demokratischen Gedankens, die außerordentliche Siegerung des politischen Einflusses der Arbeiterschaft und das Durchdringen des Volksverbündeten haben eine Handlung herbeigeführt. Die Gewalt der Krise beweist die Gründlichkeit der Handlung, ebenso wie sie die Schonungsbedürftigkeit des deutschen Volkskörpers beweist. Unter den schwierigsten Bedingungen ist es gelungen, den volksunistischen Brand zu dämpfen und immer wieder der Gewalt die entscheidende Rolle zu nehmen. Im Ruhrgebiet, in München sind neue Aufgaben schwieriger Art gestellt. Man darf hoffen, dass auch sie gelöst werden. Die Heilung des Frankenlandes hängt davon ab.

Da es noch erkannt, dass es keine Vorräte ergänzen, und doch es genügend Arbeitsgelegenheit schaffen kann. Daran hat Europa ein Leben interessiert. Wenn nur dann bleibt unter den größten Schwierigkeiten Deutschland bestehen, das dank seinem gesunden Stern, seiner Überlieferung, seiner staatlichen Fürsorge, seiner ausgezeichneten Schulbildung, der politischen Disziplin der Masse ein Vollwert gegen das Umstrebere der Zeitschreiter sein könnte, die von Russland her die Kulturmenschheit bedroht.

R. V.

Die Reichsverfassung.

Der neue Entwurf der endgültigen Reichsverfassung gelangte, nachdem er zunächst vom Staatenausschuss verabschiedet ist, Montag an das Plenum der Nationalversammlung.

Der Entwurf steht in allen seinen Teilen die Vereinheitlichung in der Hand des Reiches an. Beim Wahlkreiswahl und Verkehrsweisen vor allem ist diese Vereinheitlichung zum Grundsatz erhöht, jedoch müste zugunsten der Gliedstaaten, die auf diesen Gebieten Reiserechte haben, darauf verzichtet werden, die Durchführung des Grundgesetzes anders als nur im Wege des Vertrages, also mit Zustimmung der preußischen Staaten, zu bewirken. Bei der Komplexität der Nebenleitung ist eine Rechtsnorm, nach der die Vereinheitlichung unmöglich mit dem Inkrafttreten der Reichsverfassung eintreten, nicht möglich.

Alles gilt vom 1. April 1920 und vom 1. April 1921, wo zunächst der Grundtag ausgesetzt wird, dass das Reich sämtliche Einnahmenquel len für seine Zwecke einschlägen kann. Auch hier ist das Ziel, die Zollverwaltung zu einer Reichsverwaltung auszubauen. Den größten Schritt zur Vereinheitlichung steht Artikel 4 über die auswärtigen Beziehungen vor, in dem die einzelnen Gliedstaaten auf das aktive und passive Gesandtschaftsrecht und in der Haupthand auch auf das internationale Vertragsrecht zugunsten des Reiches verzichten. In der Frage der territorialen Gestaltung der Gliedstaaten hat der Entwurf gegenüber dem ersten Entwurf einen erheblichen Rückschlag erfahren.

In Artikel 15 werden die Grundzüge aufgestellt, nach denen die Umgrenzungierung der Kleinstaaten vorzunehmen werden soll. Wenn diese Grundzüge nicht im Wege gegenseitiger Verständigung durchgesetzt werden können, soll eine Vermittlung der Reichsregierung eintreten. Zwischen der Reichsregierung und dem Staatenausschuss ist aber über die Frage eines Einverändereins erzielt werden, was gleichzeitig soll, wenn diese Vermittlung ohne Ergebnis bleibt. Die Reichsregierung legt bei danach, dass in diesem Falle der Verhandlungsverlust des Reiches nicht zu befürchten ist unter Aussänden gegen den Willen der betreffenden Staaten regelt. Gegenüber dem ersten Entwurf ist die Komplexität zur Vertretung der föderativen Interessen grundsätzlich unverändert. Während der erste Entwurf für die Gesetzgebung ein Staatenhaus auf parlamentarischer Grundlage vorgesehen hatte und den Reichsrat nur mit beruhender Stimme an den Gesetzgebungsbeschlüssen des Reiches teilnehmen lassen wollte, ist neuerdings lediglich ein Reichsrat in Aussicht genommen, der sowohl bei der Gesetzgebung, als auch bei der Verwaltung mit zu beschließen hat. Im Gegensatz zum bisherigen Gesetzgebung ist dieser Reichsrat nicht wie der frühere Bundesrat ein gleichberechtigter, gleichgebender Körper, sondern er nimmt nur an der Gesetzgebung teil, indem er bei der Initiative der Reichsregierung mitwirkt und letzter gegen die vom Reichstag beschlossenen Gesetze ein Einspruchsrecht hat. Ein solches solches Einspruch wird die Gesetzesvorlage an den Reichstag zur nochmaligen Betrachtung nicht zulassen. Somit kommt auch hierbei eine Einigung nicht zusammen, so hat der Reichspräsident die Möglichkeit, über die Meinungsverschiedenheit eine Volksabstimmung abzurufen, welche die Meinungsverschiedenheit eine Volksabstimmung abzurufen. Er kann aber auch trotz des Einspruchs das Gesetz in der vom Reichstag beschlossenen Fassung verkünden, wenn sich für dieses Gesetz eine Zweidrittelmehrheit zusammengesetzt hat. Ist eine solche Mehrheit nicht gewillt, eine Volksabstimmung vornehmen zu lassen, so kommt das Gesetz nach Ablauf eines Monats nicht in Stande. Die Zustimmung des Reichstags soll für die Übergangszeit von drei Jahren die gleiche sein, wie sie im Gesetz über die vorläufige Reichsverfassung vom 10. Februar 1919 vorgesehen ist. Bei der Regelung des endgültigen Stimmenverhältnisses dagegen ist eine Votum in Aussicht genommen, die auf die Befestigung der kleinen Bundesstaaten hinzuwirkt soll, indem bekannt wird, dass die kleinen Staaten kein Stimmrecht mehr haben sollen.

Wem der Entwurf gegenüber der ersten Fassung Änderungen aufzuweist, so waren diese aus der Erwähnung hervorgegangen, unserer Völker zunächst die staatsrechtliche politische Ruhe zu geben, die es unbedingt braucht. Es war zunächst nötig, dass die Probleme, vor die wir nach der Revolution gestellt wurden sind, klar und klar aufgestellt und dargelegt würden. Zur ihre Lösung zeigt der Entwurf in der jetzigen Gestalt eine ganzbare Linie. Namenslich die wirtschaftlichen Verhältnisse der nächsten Zukunft werden ausdrücklich geben, dass die Entwicklung zu dem Endziel der großdeutschen Reichseinheit nicht abrückt, sondern sich weiterhin mit logischer Konsolidiertheit vollzieht.

Wem der Entwurf gegenüber der ersten Fassung Änderungen aufzuweist, so waren diese aus der Erwähnung hervorgegangen, unserer Völker zunächst die staatsrechtliche politische Ruhe zu geben, die es unbedingt braucht. Es war zunächst nötig, dass die Probleme, vor die wir nach der Revolution gestellt wurden sind, klar und klar aufgestellt und dargelegt würden. Zur ihre Lösung zeigt der Entwurf in der jetzigen Gestalt eine ganzbare Linie. Namenslich die wirtschaftlichen Verhältnisse der nächsten Zukunft werden ausdrücklich geben, dass die Entwicklung zu dem Endziel der großdeutschen Reichseinheit nicht abrückt, sondern sich weiterhin mit logischer Konsolidiertheit vollzieht.

Die Nationalversammlung.

(14. Sitzung.)

Ein Telegramm des Gemeinderats von Wien gibt der Freude darüber Ausdruck, daß die Schaffung eines einzigen Deutschen Reiches nicht mehr ferne ist.

Hanau bildet um verstärkten militärischen Schutz, Hanau um Lebensmittel.

Nach einer längeren Geschäftsausordnungsdebatte wird beschlossen, die Regierungserklärung des Verfassungsentwurfs durch den Regierungsvorsteher entgegenzunehmen, dagegen die Beratung des Reichswehrgesetzes von der Tagesordnung abzusehen.

Reichsminister des Innern Dr. Preuß begründet den Verfassungsentwurf des Deutschen Reiches. Der Entwurf stellt einen einstimmigen Beschluß der Reichsregierung dar. Der Ausgangspunkt für die neue Verfassung ist die Selbstregierung des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit. Das neue Reich ist begründet auf den Gedanken der Reichseinheit ein Freistaat, eine Republik, die in dieser Hinsicht wahlisch den Vergleich mit jeder anderen Republik oder Demokratie nicht scheuen braucht.

So wagt es denn auch die Verfassung, Ihnen in dem ersten Artikel vorzuschlagen, dem neuen Reich neue Farben zu geben, neue Farben, die freilich alt sind und auch für weitere Arten unseres Volkes Gesellschaft haben: Schwarz - Gold. Ich begrüße, daß es für viele eine schwere und schmerzhafte Entscheidung ist, die Farben, die Jahrzehntelang ruhmvoll geweht haben, verschwinden zu sehen. Aber es sind gewaltige Veränderungen, die nun die vergangenen Jahrzehnte als eine in sich abgeschlossene Periode erscheinen lassen, und ein großer Teil der Parteien des Hauses hat ja dasselbe befunden, indem sie selbst gegenüber dem alten Parteidienst eine neue Flagge gehisst haben.

Ein umfangreiches und nicht ohne allerlei Komplikationen zu lösendes Ziel des Verfassungsentwurfs ist die Arbeitsteilung zwischen Reich und Gliedstaaten, die Kompetenzabgrenzung. Dabei will ich gerne mit besonderer Freude betonen, daß unter den Kompetenzbestimmungen an einer erster Stelle in Betracht kommt, die einen erfreulichen Fortschritt gegenüber den bisherigen Zuständen bedeutet. Das ist die Bestimmung in Artikel 4 bez. der Beziehungen zu den auswärtigen Staaten. Auswärtige Beziehungen werden nunmehr ausschließlich Reichssache sein, und es soll mit Dank hier anerkannt werden, daß die Gliedstaaten auf das aktive und passive Gesandtschaftsrecht verzichtet haben. (Beifall.) Weniger erfreulich ist die in Artikel 5 niedergelegte Regelung des Militärfewesens. Bedauerlich ist der lehre Abfall des Art. 5, wonach die bisher selbständigen landesmilitärischen Verwaltungen in ihren Sonderrechten ohne ihre Zustimmung nicht beschränkt werden dürfen. Die einzelsstaatlichen Kriegsministerien und -verwaltungen bleiben also bestehen. (Hört, hört!) Die Reichsregierung hat sich nur schwer entschlossen, auf eine Streichung dieses Absatzes zu verzichten. Für die Post kann ich die erfreuliche Mitteilung machen, daß demnächst eine deutsche Reichspostmarke im ganzen Reich gelten wird. Bayern hat auf die eigene Briefmarken verzichtet. (Beifall.) Eine starke Förderung hat der Einheitsgedanke aus dem Gebiete des Fünfzehnjährigen gefunden. Hier hat der Deut., der augenscheinlich auf unserem Lande lastet, sich durchgesetzt. Im Artikel 9 sind in einzelnen die Gebiete aufgeführt, auf die sich in Zukunft die Reichsbehörde erheben soll. Gegen den ursprünglichen Absichten der Regierung ist in diesen Art. 9 ist die Schul nicht angenommen worden. (Zuruf: Zeidler!) Das scheiterte an dem Widerspruch der Einzelstaaten. Auch hinsichtlich der territorialen Geschäftsführung der Gliedstaaten steht die Verfassung in Art. 15 Einvernehmen zum Zweck des Zusammenschlusses im Ganzen oder in Teilen vor. Die Gliedstaaten sollen zusammen und können so bleiben, wie sie sind, aber an der Territorialität überaus drängenden und wichtigen Stelle, ob die Reichsverfassung einfach die 25 Gliedstaaten in ihrem Bestand garantieren soll, kann man nicht vorbei. Mit dem bloßen Bestehenlassen ist es nicht getan. Nachdem die Dynastien nicht mehr bestehen, kommt diese Sache von selbst ins Rollen und ist schon ins Rollen gekommen. Die Frage, ob Staatenhaus oder Reichstag ist in der Verordnung viel umstritten worden. Es war nicht zu vernehmen, daß die Idee des Staatenhauses auf keinen Fall zu rechnen hatte. Es soll also ein Reichstag geschaffen werden und zwar, es geht auch so, allerdings unter der Voraussetzung, daß der Reichstag nicht ein dem Reichstag gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung sein soll, wie es der Bundesrat früher gewesen ist, und diese Hauptbedingung ist ja auch im Entwurf durchgeführt. Neben den Reichstag stellt der Verfassungsentwurf den unmittelbar aus Volkswahlen hervorgegangenen Reichspräsidenten. Der Entwurf sieht nur einen Präsidenten und keinen Vizepräsidenten vor.

Versammlungen sind gegen früher sehr erschwert. Während früher nur erforderlich war, daß eine Versammlung eine 14 Stimmen gegen sich hatte, wird jetzt eine Zweidrittelmehrheit des Reichsrats und des Reichstags verlangt, und es kann dagegen vom Präsidenten das Referendum anstreben werden. Solche Erschwerungen von Versammlungen liegen im Sinne demokratischer Verfassungen. Sie sind sicher zu veranlassen als Verfassungen obrigkeitlicher Art. Indem Reichsregierung und Staatenausübung den Entwurf der Verfassung dem hohen House übergeben, legen sie die alleinige endgültige Entscheidung in ihre Hände. (Beifall.)

Von der Deutschnationalen Volkspartei ist eine Interpellation eingegangen, die sich gegen die Einzelstaaten in die Kirchen- und Schulgesetzgebung richtet.

Das Haus vertragt sich. Dienstag, 10 Uhr die erwähnte Interpellation und Reichswehrgesetz. Schluss 5 Uhr.

Die Vorgänge in Bayern.

München.

Der Zentralrat des Volksstaates Bayern erlässt eine amtliche Bekanntmachung, wonach Mittwoch, den 26. Februar, dem Beleidigungstage des Ministerpräsidenten Eisner, im ganzen Lande die Arbeit ruht. Die Tagesbedürfnisse des bayerischen Volkes müssen jedoch sicher gestellt werden. Alle öffentlichen Gebäude sind schwarz und rot zu beslaggen. Die Fahnen stehen auf halbmast. Das Volk Bayerns möge, so heißt es, seinen Abschied vor dem an dem

Führer der Revolution bezeugten Menschenmord seine Anteilnahme durch Beslagung der Häuser ausdrücken. Für Vormittag von 10—11½ Uhr wird feierliches Gelöute von allen Kirchen und des Landes angeordnet. Alle Verbündeten und Räte haben für die Durchführung dieser Verordnung zu sorgen.

Zur Sicherung der Revolution wurden 10 Geheim aus der hohen Aristokratie Bayerns festgenommen, in ihrer Spur der frühere Ministerpräsident von Dal. Im Zentralrat wurde die neue Ministerliste ausgestellt. Daraus soll Professor Friedrich Wilhelm Förster Minister des Innern werden, der jetzt als provisorischer Gesandter Bayerns in Berlin weilt. Es ist auch den bekannten Dr. Muehlau, den früheren Director der Gruppenwerke gedacht. An Stelle Auer, dessen Lieden sich ein wenig gezeichnet haben soll, soll Seegh zum Minister des Innern ernannt werden.

Der Kommunist Dr. Lewin veranlaßte eine Demonstration, wobei verlangt wurde, daß zur Durchsetzung der Räterepublik das ganze Proletariat bewaffnet werde. Inbessern hat der Zentralrat eingeschritten, als man mit dieser Bewaffnung nicht vorsichtig genug hincome und die Verwaltung der Arbeiter wurde auch zu Teil wieder eingesetzt. Der Generalstab ist aufgelöst.

Eisners Witwe wurde vom Zentralrat eine jährliche Pension von 10 000 Mark ausgesetzt. Der Landtag hat sich auf eine Woche verlängert, es darf aber auf diese Falle längere Zeit dauern, bis die Wände seines Wiederzusammentritts erstanden. Das Scheinen der gesamten bürgerlichen Presse in Bayern ist auf weitere 10 Tage verboten. Alle nichtsozialdemokratischen auswärtigen Zeitungen werden zu Wünschen nicht zugelassen.

Keine Räteregierung.

Wie die "Deutsche Allgemeine Zeitung" von unterschier Seite aus München erfährt, werden dem Bildung begriffenen Ministerium, das von dem als Mehrheitssozialisten und Unabhängigen zusammengesetzten Zentralrat berufen wird, Frauendorff, Dasse und Foerster angehören. Der Landtag werde die im Entwurf bereits vorliegende Verfassung verabschieden. Die Räte würden als Regierungsorgane nicht als volle, aber als beratende Verwaltungsorgane betrachtet kommen. Wenn es auch noch zu Zusammenschlüssen zwischen Regierung und Spartakisten kommt, so zeige die Entwicklung erfreulicherweise, daß auch in Bayern für die Diktatur einer Räteregierung kein Platz sei.

Ein Adels-Komplott?

Die Nachforschungen nach dem Ursprung des Tentals auf Eisner haben nach dem "Vorwärts" ergeben, daß daraus hinführen, daß hinter dem Tentator ein Komplott von Männern des Adels und der höheren Bourgeoisie stand, das vielleicht den Staat Arcu durch das Los zur Verübung des Mordes an Eisner bestimmt hat.

München und Weimar.

Sollte sich in München eine Räteregierung in längerer Dauer festsetzen, so wird nach einer Meldung aus Weimar die Vertretung Bayerns im Staatenrat suspendiert werden, wie das mit den Vertretern Braunschweigs und Coburg-Gothas bereits geschahen ist. Der Reichsregierung liegt aber ein amtliches Telegramm vom bayerischen Vertreter zum Staatenrat vor, wonach die Räteregierung noch nicht proklamiert worden ist und Ruhe herrscht. Die Unabhängigen und Mehrheitssozialisten hätten sich zu einer vereinigten sozialdemokratischen Partei vereinigt und einen Zentralausschuß gebildet, in dem Gewerkschaft und Sozialisten jeder Art mit Ausnahme der Kommission führen.

Allerlei Nachrichten.

Das neue Reichsheer.

* Weimar, 23. Febr. Der Reichswehrminister hat bereits einen Gesetzentwurf, betreffend die Bildung eines stehenden Heeres, fertiggestellt. Das Gesetz sieht eine Stärke von 150 000 bis 175 000 Mann vor, nicht eingerechnet sind Offiziere, Unteroffiziere und Militärbeamte. Man beabsichtigt, in jeder Provinz eine Brigade zu bilden. Von einem Einstellungszwang soll zunächst abgesehen werden, denn man glaubt, durch freiwillige Werbung die nötige Mannschaft zu bekommen.

Aus den Waffenstillstandsverhandlungen.

Die deutsche Regierung ließ den Alliierten eine Note überreichen, die dagegen protestiert, daß die feindlichen Bevölkerungsbehörden die Gemeindebewohlen im besetzten Gebiete verbieten. General Rubant erklärte hierzu, Marschall Foch habe bis auf weiteren Befehl die Ablösung der Wahlen verboten, da die alliierten Bevölkerungsbehörden mit den jetzigen Gemeindeverwaltungen, die über eine große Erfahrung verfügen, gut auskommen seien. General Rubant erwiderte, er glaube nicht an eine baldige Aenderung der Entscheidung des Marschall Foch. Es handle sich um Wahlen, die für die Verfassung des Landes nicht von Belang seien. Auf die Erklärung des Vertreters der deutschen Regierung, er habe soeben ein Telegramm erhalten, aus dem hervorgehe, daß auch in der neutralen Zone ein Verbot für die Gemeindebewohlen ergangen sei, erwiderte General Rubant, er werde die Angelegenheit nachprüfen, glaube aber nicht daran und würde, wenn es tatsächlich der Fall sein sollte, in der richtigen Weise Einspruch dagegen erheben, da seiner persönlichen Ansicht nach eine solche Maßnahme nicht berechtigt sei.

— Zum gestrigen Besuch des Generals von Hammerstein, die deutschen Krieger frei zu lassen, welche infolge der fiktiven Fahrt des deutschen Unterhändlers nach Compiegne zur falschen Zeit angeordneten Waffenruhe in Gefangenschaft gerieten, teilten die Alliierten mit, daß dem deutschen Verlangen nicht Folge gegeben werden könne.

Die Anerkennung der deutschen Regierung seitens Frankreichs.

* Genf, 23. Febr. Pichon erklärte ausländischen Journalisten u. a.: Frankreich werde keinerlei Schwierigkeiten machen hinsichtlich der Anerkennung der gegenwärtigen deutschen Regierung, die durch eine richtige Befragung der Wähler eingesetzt worden sei.

Das Besinden Clemenceaus.

* Rotterdam, 22. Febr. Der "Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus Paris, daß der Sohn Clemenceaus

zu seinem Vater gereisen wurde. Nach dem letzten Besuch ist der Zustand des Ministerpräsidenten ernst.

Der Präliminarfriede.

Wie aus Paris gemeldet wird, werden die endgültigen Waffenstillstandsbedingungen Deutschland in der ersten Hälfte des März vorgelegt werden. Sie sind Form und Inhalt gleichbedeutend mit dem Präliminarfrieden. Wie weiter gemeldet wird, soll die Stadt Paris für Lebensmittel und für solche Rohstoffe, die in Deutschland im Verdeckungsverfahren verarbeitet werden, am Tage der Unterzeichnung aufgehoben werden.

Die Ausschreitungen in Savan.

Infolge der blutigen Ausschreitung in Savan, Hanau von den Regierungstruppen besetzt worden. Bei den Ausschreitungen nach gesetzlichen Lebensmittel und Waffen wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Der Rote Soldatenbund wurde entzogen und sein Führer festgenommen.

Unruhen in Baden.

Wie der "Volks-Anzeiger" aus Mannheim berichtet, kam es dort im Anschluß an Massendemonstrationen für Eisner zu Ausschreitungen. Ein Gefängnis wurde erbrochen und die Gerichtsgebäude teilweise zerstört.

Die badische vorläufige Regierung hat informiert, Kurhessen, die in Mannheim auf Betreiben sozialistischer und kommunistischer Elemente ausgebombt sind, und an denen sich auch Unabhängige Sozialdemokraten beteiligt haben, über die Republik Baden den Belagerungszustand verhängt.

Die Mannheimer Mehrheitssozialisten lehnen den Vorschlag, eine Regierung zu bilden, in der ein Drittel der Sitze die Unabhängigen, ein Drittel die Mehrheitssozialisten und ein Drittel der Spartakusbund erhalten sollen, ab und erklären, unter allen Umständen hinter der jetzigen badischen Regierung zu stehen.

Spartakusgreuel.

In einer in Gladbeck stattgefundenen Sitzung des ASR, an der auch der Vorsitzende, sowie verschiedene Mitglieder des Bottropener ASR, sowie der Bottroper Sicherheitswehr teilnehmen, wurde über die Vorfälle im Bottrop von dem Vorsitzenden des Bottropener ASR, unter anderem folgendes berichtet: Es sei sich, daß die Volkswehr bei ihrer Übergabe an die Spartakisten nur etwa zwei Tote und einige Verwundete hatte. Die übrigen Toten sind nach der Kapitulation, nachdem die Gefangenen in Reih und Glied aufgestellt waren, niedergemacht worden. Die Gefangenen wurden schrecklich mißhandelt und fast völlig ausgeraubt. Mantel, Schuhe, Kleider und selbst Hosen sind ihnen ausgezogen worden, außerdem etwa 4000 Mark in barem Geld geraubt und untereinander verteilt worden. Mit hochgezogenen Händen und unter fortwährenden Schlägen wurden die Wehrlosen nach Sterkrade übergeführt. Wer das Glück hatte, im Besitz seines Geldes zu sein, hatte nachher Gelegenheit, sich durch Beleidigung freizumachen. Es waren ungemein grausige Bilder, die anständige Menschen mit Abscheu erschließen müssen.

Ludendorff.

Der Berichterstatter der Telegraphen-Union erfährt, daß die Meldung, wonach die schwedische Regierung General Ludendorff eine Aufenthaltsverlängerung verweigert habe und sein Aufenthaltsurlaub nicht zutrifft. General Ludendorff befindet sich noch in Schweden und ist vollkommen frei in seinen Entschlüsse. Er denkt den schon längst gefassten Besuch, nach der Beendigung der Riederschift seines Werkes nach Deutschland zurückzukehren, in der nächsten Zeit zur Ausführung zu bringen. Ludendorff begibt sich über Riga nach Stockholm, wo er kurzen Aufenthalt nehmen wird, auf ein Gut nach Sachsen.

Die Lage im Nahrgebiet.

Krecher Naub.

Bürger und Soldaten, die als Sicherheitswehr fungieren, überwältigten bei der Reichsbahnstelle in Mühlheim (Nahe) den Direktor und drei Herren, die sich in der Bank befanden, bedrohten sie mit Pistolen und erzwangen die Herausgabe der Tresorschlüssel. Sie räubten insgesamt 170 000 Mark. Es ist gelungen, fünf der Beteiligten hinter Schloß und Riegel zu setzen.

Spartakusgreuel.

Neben die Schandtaten der Spartakisten werden noch folgende Einzelheiten berichtet: In Elberfeld bei Wuppertal eine Anzahl Spartakisten in eine Wohnung ein und zerstören ein Kind buchstäblich in Stücke, während sie ein anderes aus dem Fenster flüchten. Einen Steiger schlugen sie mit einer mit Nageln beschlagenen Latte so lange, bis er tot zusammenbrach. Zahl der Rädelsführer, darunter auch der Kindermörder, wurden von der Sicherheitswehr verhaftet und nach Bochum abgeführt; sie lehnen ihrer Aburteilung entgegen. In Witten wurde bei dem Kampfe ein Polizeikommissar sehr schwer verwundet ins Lazarett gebracht. Die Spartakisten hielten ihn aber aus dem Lazarett wieder heraus und schleppen ihn auf den Kirchhof, wo er erschossen wurde.

Neberrumpelte Spartakisten.

In Sterkrade gelang es den Regierungskräften, die Spartakisten durch scharfen Handreich zu überwältigen. Dabei wurde ein Spartakist getötet und einer verwundet. Der Hauptführer Thiele wurde ebenfalls festgenommen und dabei von der Volksmenge überwältigt. Zahlreiche Gewehre und Munition wurden erbeutet.

Bochum.

Die Streikbewegung im Bochumer Bezirk ist vollkommen erloschen. Alle Zechen und Eisenhütten haben die Arbeit wieder aufgenommen.

Düsseldorf.

Im Düsseldorfer Revier hat die Mehrzahl der Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen; nach wie vor aber herrschen spartakistische Elemente. Es wird befürchtet, daß die Abmachung wegen Beilegung des Generalstreiks von spartakistischer Seite wiederum nicht gehalten wird.

Essen.

Nach einer Meldung aus Essen sind am Montag auf allen Zechen des Ruhrreviers insgesamt 25 000 Bergleute nicht eingefahren. Die Streikziffer ist also erheblich zurückgegangen. Es wird damit gerechnet, daß in den nächsten Tagen auf sämtlichen Zechen die Arbeit wieder aufgenommen wird.

Frankreichs nördliche Industrie.

Im Laufe der Sitzung des Senats vom 13. Februar, hat der Minister der industriellen Wiederherstellung den jämmerlichen Zustand, in dem sich die Provinzen des Nordens von Frankreich befinden, sowie in landwirtschaftlicher wie auch in industrieller Hinsicht geschildert.

Die 101 Gruben der 6 Bezirke des Nordens sind gänzlich zerstört; dies stellt eine Produktion von täglich 25 000 Tonnen dar, die unverbleibt.

Der Minister der industriellen Wiederherstellung sagt: Ich schäfe, daß 5 Jahre nötig sein werden, um diese Gruben so wiederherzustellen, daß zwei Drittel der Produktion erzielt werden, und daß wir erst nach 10 Jahren ununterbrochener Arbeit die frühere Produktion wieder erreichen werden.

Die Wiederherstellung der Gruben wird meiner Ansicht nach über 2 Milliarden kosten.

Ich habe in meiner Jugend die prächtigen Städte Roubaix, Tourcoing und Lille, die Wiege der französischen Textil-Industrie, gesehen. In welchem Zustande sind sie jetzt? Dem Augenschein nach sind sie sehr weinig in Wirklichkeit aber gänzlich zerstört, weil es in einer Fabrik nicht nur Steine, Dächer und Maschinen gibt, sondern auch Leute, Ingenieure, Werkmeister und Fabriker, in einem Wort alles was Generationen gebildet haben.

Diese Männer des Nordens, sonst so eifrig und so tapfer, sind ich nach 4 Jahren einer schrecklichen Beleidigung wieder, ihre Fabriken betrachtend, ohne zu wissen, wo sie anfangen sollen; und wenn ich an ihrer Stelle wäre, würde ich ebenso verlegen sein. Sie müssen, bevor sie die Arbeit wieder aufnehmen, ihr Leistungspersonal wiederbilden, ihre Ingenieure ersuchen, die verschwundenen, manchmal auch gefassten sind, und einen neuen Werkmeister wiedersinden, der den alten erscheinen wird.

Nichts ist mehr vorhanden, keine Rohmaterialien, selbst die Maschinen sind halb zerstört. Es wird genügt, Wellelager neu anzulegen; jemand muß aber dazu die nötigen Ausjüge machen. Diese Industriellen haben aber keine Werkmeister zur Verfügung, die ihnen die nötigen Erklärungen geben können.

Dies ist die Lage, in der man sich befindet; ich versichere Ihnen, man kann die Wichtigkeit der zu leistenden Arbeiten nicht genau hervorheben; nicht nur was die Rohmaterialien anbelangt, sondern auch wegen der neuen Kräfte, die man benötigt wird, um all diese prächtigen Industriepunkte wieder in Betrieb zu setzen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

— Ministerpräsident Scheidemann erklärte einem Berichterstatter des „Berl. Tagebl.“, daß von irgend einer Krise innerhalb des Kabinetts keine Rede mehr sei. In einer der zur Diskussion stehenden Fragen, seien sie inner- oder außenpolitischer Natur, machen sich Meinungsverschiedenheiten in der Auffassung geltend. Das Kabinett, das nach einem jüngst gefallenen Wort keine Ehe auf Lebensdauer sein soll, wird also beschlossen in der Lösung der nächsten Fragen zeigen.

— Reichsminister des Innern, Graf Brodorff-Schanz, ist mit seinem Ministerium wieder nach Berlin übergezogen. Er durfte nunmehr sofort die neuorganisation des Auswärtigen Amtes in Angriff nehmen. Unterstaatssekretär Töpfer hat in den letzten Tagen in Bern mehrere hundert deutsche Beamte, die den verschiedensten Abteilungen der deutschen Gesellschaft in Bern angehörten, bereits ihren Dienstungen entzogen. Töpfer wird sich demnächst nach den nordischen Staaten begeben und auch dort werden wohl einige Personenumänderungen vorgenommen werden.

Oldenburg.

In Oldenburg (ohne Übersee und Wülfel) wurden zur Landesversammlung

- 12 Sozialdemokraten,
- 12 Deutsche Demokraten,
- 10 Abgeordnete des Zentrums und
- 5 der Volkspartei

gewählt.

Belgien und Holland.

Einer Brüsseler Havas-Meldung zufolge hat Holland die belgische Regierung amtlich erachtet, ihr die auf der Pariser Konferenz erhobenen belgischen Forderungen mitzutun, soweit diese holländische Interessen berührten.

Die Kriegbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung über die soziale Kriegbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge. Darnach verordnet die Reichsregierung mit Gesetzestatut:

Die soziale Fürsorge für die Kriegbeschädigten und die Hinterbliebenen wird unter Mitwirkung der Einzelstaaten und Selbstverwaltungsräte nach Maßgabe dieser Verordnung vom Reich übernommen. Die Mitarbeit der freien Wohlfahrtspflege soll damit nicht eingeschränkt werden. Bei dem Reichsarbeitsamt wird für die Durchführung der bezeichneten Aufgabe ein Reichsausschuss der Kriegbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge eingerichtet. Er ist Körperhaft des öffentlichen Rechts. Der Reichsausschuß besteht aus den beiden Abteilungen Kriegbeschädigtenfürsorge und Kriegshinterbliebenenfürsorge. Die Abteilung Kriegbeschädigtenfürsorge besteht aus je einem Vertreter der Partei der Sozialdemokratie, einem Vertreter der Partei der Deutschen Demokratischen Partei, einem Vertreter der Partei der Nationalsozialisten, einem Vertreter der Partei der Christlich-Demokratischen Union, einem Vertreter der Partei der Freien Wähler und einem Vertreter der Partei der Deutschen Nationalen Front.

Die Abteilung Kriegshinterbliebenenfürsorge besteht aus je einem Vertreter der Partei der Sozialdemokratie, einem Vertreter der Partei der Deutschen Demokratischen Partei, einem Vertreter der Partei der Nationalsozialisten, einem Vertreter der Partei der Christlich-Demokratischen Union, einem Vertreter der Partei der Freien Wähler und einem Vertreter der Partei der Deutschen Nationalen Front.

Die Abteilung Kriegbeschädigtenfürsorge besteht aus je einem Vertreter der Partei der Sozialdemokratie, einem Vertreter der Partei der Deutschen Demokratischen Partei, einem Vertreter der Partei der Nationalsozialisten, einem Vertreter der Partei der Christlich-Demokratischen Union, einem Vertreter der Partei der Freien Wähler und einem Vertreter der Partei der Deutschen Nationalen Front.

Die Abteilung Kriegshinterbliebenenfürsorge besteht aus je einem Vertreter der Partei der Sozialdemokratie, einem Vertreter der Partei der Deutschen Demokratischen Partei, einem Vertreter der Partei der Nationalsozialisten, einem Vertreter der Partei der Christlich-Demokratischen Union, einem Vertreter der Partei der Freien Wähler und einem Vertreter der Partei der Deutschen Nationalen Front.

Die Abteilung Kriegbeschädigtenfürsorge besteht aus je einem Vertreter der Partei der Sozialdemokratie, einem Vertreter der Partei der Deutschen Demokratischen Partei, einem Vertreter der Partei der Nationalsozialisten, einem Vertreter der Partei der Christlich-Demokratischen Union, einem Vertreter der Partei der Freien Wähler und einem Vertreter der Partei der Deutschen Nationalen Front.

Der Reichsausschuß hat folgende Vorschriften: 1. Er stellt die Grundsätze für die Durchführung der Kriegbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge auf. Diese Beschlüsse bedürfen, um bindende Kraft für die Hauptfürsorgestellen und Fürsorgestellen zu erhalten, einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen und der Zustimmung des Reichsarbeitsamtes; 2. er erstatet dem Reichsarbeitsamt Gutachten; 3. er entscheidet als Schiedsrichter bei den Streitigkeiten zwischen den Hauptfürsorgestellen über die Zuständigkeit und 4. er verwaltet und verwendet die ihm für die Fürsorge zur Verfügung gestellten Mittel.

Jeder Hauptfürsorgestelle steht ein Beirat zur Seite. Vorsitzender des Beirats ist der Vater der Hauptfürsorgestelle oder sein Stellvertreter. Als Grundlage für den Ausbau der Hauptfürsorgestellen soll dort, wo noch organisatorische Verschiedenheiten vorhanden sind, die bestehende Hauptfürsorgeorganisation der Kriegbeschädigtenfürsorge unter nunmehriger Betrachtung der für die Kriegshinterbliebenenfürsorge bestehenden Einrichtungen dienen. Desgleichen sind für den Ausbau der örtlichen Fürsorgestellen nach Möglichkeit die bisherigen Einrichtungen der Kriegbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge zu beauftragen.

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Wertwechsel.

* Eltville, 26. Februar. Herr Fabrikbesitzer Dr. Ullinger hier kaufte das dem verstorbenen Rentner Herrn Kornbuss gehörende, Niederwaller Chausse 5, belegene Besitztum zum Preise von 210 000 Mark.

Güterverkauf.

= Eltville, 26. Febr. Herr Gremserbesitzer Peter Gissler kaufte von Herrn Gieß, Besitzer des Hotels „Nassauer Hof“ in Nauenthal, vormals W. Winterliches Besitztum, ca. 3 Morgen Weinberge zum Preis von 24 000 Mark. Die Weinberge befinden sich in mittleren und guten Lagen der Nauenthaler Weinbergsgemarkung.

Weltweite Verkehrs-Erlichterungen.

+ Eltville, 26. Febr. Bergepräche nach den Kreisen Untertaunus, Wiesbaden-Lahn, Bingen und Mainz sind wieder zugelassen. Wiesbaden-Stadt ist weiterhin ausgeschlossen. Ferner sind noch zugelassen die Kreise St. Goar, St. Goarshausen und Kreuznach.

Deutschen-Fürsorge.

* Rüdesheim, 21. Febr. Die Reichsregierung hat das Central-Komitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz mit der Fürsorge für die aus Elsaß-Lothringen geflüchteten oder vertriebenen Deutschen betraut. Die Regelung der Fürsorge wird vermittelt durch die örtlichen Vereine des Roten Kreuzes, für den Rheingaukreis also durch den Zweigverein vom Roten Kreuz zu Rüdesheim, dessen Vorsitzender der Landrat ist. Anträge Beteiligter über der Gemeinden auf Weisung von Unterställungen usw. sind deshalb an die vorgedachte Stelle zu richten. Jedenfalls soll für die Flüchtlinge nicht die öffentliche Armenpflege eintreten. Das Rote Kreuz wird aufdringend für Hilfsorgane.

Schweinespeck im Restaurant.

Der Gastwirt Otto R. in Wiesbaden hat von einem Droschkenbesitzer S. zwei Herde im Gewicht von etwa 80 Pfund für 210 M. erstanden und sie seinen Gästen zugute kommen lassen, ohne die vorgeschriebene Meldung zu erstatten. Wegen Vergehens wider die Bierhändler-Verordnung vom 8. April 1918 versteilen R. in 20, S. in 10 M. Geldstrafe. Bezuglich des Anklage des Preiswuchers erging ein Freispruch, weil dem Verkäufer geglaubt wurde, daß er die Herde zur Nachzucht, nicht zum sofortigen Schlachten vorstand habe.

Französische Lebensmittel an Eisenbahner.

* Mainz, 24. Febr. Auf Anordnung der französischen Besatzungsbehörden sind die Eisenbahndienststellen des besetzten Gebietes angewiesen worden, die ganzen Eisenbahndienststellen namhaft zu machen, welche in 24 Gemeinden wohnen, dort Landwirtschaft treiben oder sich durch Haushaltsschlächtungen mit Fleisch selbst versorgt haben. In diesen Fällen sollen Lebensmittelzulagen seitens der Alliierten nicht gewährt werden. Ebenso ist eine strenge Kontrolle darüber angeordnet worden, daß die Lebensmittel nicht in unbefugte Hände geraten. Eine Lebensmittelverteilung an die bedürftigen Eisenbahndienststellen des Besatzungsgebietes findet fortan allwöchentlich statt. Diese Woche wurden Speck und Schweinespeck ausgegeben.

Zucker-Beschlagsnahmen.

* Darmstadt, 26. Febr. Fünfzig Pfund Würzucker brachte dieser Tage der Kolonialwarenhändler Marx aus dem benachbarten Rohrdorf hierher, angeblich um ihn gegen gestohlene Zucker umzutauschen. Die Bürgerwehr beschlagsnahmte aber das fahne Nahrungsmittel, da die Angaben unglaublich erschienen und R., der im Herbst mit der Zuckerverteilung an die Urlauber beauftragt war, anscheinend einen großen Teil dieses Zuckers zurückgehalten hat.

Verkehrs-Erlichterungen.

* Koblenz, 22. Febr. Die amerikanische Besatzungsbehörde gestattete die Einführung von Postpaketen aller Art aus dem unbesetzten Gebiet in die Stadt Koblenz.

Gemeinde-Wahlen.

Düsseldorf. Die Düsseldorfer Stadtvorstehtenwahlen sind vielschach durch bewaffnete Banden spartanischer Herkunft, welche die Wahllokale plünderten und die Wahlzettel vernichteten, gestört worden.

Düsseldorf. Bei den Stadtverordnetenwahlen erhielten das Zentrum 25, die Sozialdemokraten 21, die Deutschnationalen 10, die Deutsche Volkspartei 7, die Deutsche Demokratische Partei 6, die Kommunistische Partei 4, die Polen 2 Sitze.

Hannover. Bei der Gemeindewahl in der Stadt Linden wurden 37 Sozialdemokraten, 4 Unabhängige Sozialdemokraten und 13 Bürgerliche gewählt.

Geflossene Einbrecher.

* Berlin, 2. Febr. In einem Kasinohaus an der Friedrichstraße traf gestern abend ein Kriminalbeamter einen wegen verschiedener Straftaten gesuchten Einbrecher, der gerade im Begriff war, gestohlene Sachen zum Kauf anzubieten. Als der Beamte ihn für verhaftet erklärt, zog der Einbrecher seine Waffe und legte auf den Beamten

an. Dieser kam ihm jedoch zuvor und schoss auf seinen Gegner. Der Verbrecher war sofort tot.

Nene Briefmarken. Briefmarken mit dem Nebendruck „Völksstaat Bayern“ sollen amfangs März ausgegeben. Die Österreicher haben bereits Marken mit dem Nebendruck „Deutsch-Oesterreich“ ausgegeben.

— Kleinverkaufspreis für Kartoffeln. Das Reichsnährungsamt in Berlin hat den Erzeugerpriis für den Januar 1919 ab zur Ablieferung gelgenden Rentner Kartoffeln um 1.25 M. erhöht. Diese Erhöhung soll dem Landwirt als Ausgleich für die Aufbewahrungskosten während der Wintermonate dienen. Infolge dieser Erhöhung muß, einem Beschlüsse der Nahrungsmittekkommission entsprechend, der Kleinverkaufspreis vom 23. Februar dts. Rs. ab um 1 Pg. für das Pfund erhöht werden. Er beträgt nunmehr für die 5 Pfund Wochenlopsemenge 45 Pg.

— Einhaltung der Höchstpreise. Das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung macht die Handelskammer darauf aufmerksam, daß die Höchstpreise für einzelne Waren streng einzuhalten sind, und daß die Aufhebung einzelner Beschlagsnahmestellungen für das betroffene Gebiet nicht etwa die Aushebung der für die betreffenden Gegenstände geltenden Höchstpreise bedeutet. Diese Höchstpreise treten auch für das betroffene Gebiet nur dann in Kraft, wenn die Bekanntmachungen über die Höchstpreise im einzelnen besonders aufgehoben sind.

Hilfe für die Säuglinge. Zwei englische Hilfskommissionen, das Hilfswerk für die Deutschösterreicher und Ungarn in England und der englische Frauenausschuß für dauernden Frieden haben der vor kurzem in Berlin unter dem Vorsitz des Reichsministers Graf Brodorff-Ranau gegründeten deutschen Wohlfahrtsstelle als Geschenk für die notleidenden deutschen Säuglinge 800 000 Milchflaschen-Gummisanger zur Verfügung gestellt, von denen ein großer Teil schon in Deutschland eingetroffen ist. Die Verteilung durch die zuständigen Organisationen in den Bundesstaaten wird mit größtmöglicher Beleidigung durchgeführt werden.

Die Kronprinzliche Familie. Der ehemalige deutsche Kronprinz hat an den Reichspräsidenten Ebert ein Telegramm gesandt, in dem er bittet, seiner Frau und seinen Kindern zu erlauben, nach Württemberg überzieden.

Nach Deutschland zurück. Der deutsche Kaiserliche Hofzug, der seit November in Rotterdam war, nachdem er den früheren Kaiser nach Maarn gebracht hatte, ist nach Deutschland zurückgefahren.

Gesangverein-Ausbruch. Aus Hannover wird berichtet: In der Nacht zum Sonntag wurden die Schlosswache und die militärische Polizeiwache alarmiert, da zwei Insassen des Militärarresthauses ihre Zellen erbrochen und die Zellen von sämtlichen anderen 50 Gefangenen geöffnet hatten. Diese Gefangenen befanden sich bereits auf dem Hof und versuchten, den Ausgang zu erreichen unter dem Rufe „Hoch lebe die Freiheit und Spartacus“. Wachen umschliefen das Gebäude und überwältigten die Ausbrecher.

Leipziger Messe. Der bevorstehende Leipziger Frühjahrsmustermesse wird erstmals eine „Entwurfs- und Modellemesse“ angegliedert als Vermittlungsschule für Künstler und Fabrikanten. Die Veranstaltung trägt rein wirtschaftlichen Charakter.

Besserung des Flugverkehrs. Der Matin meldet: Das Mitglied der Akademie der Wissenschaften, Rateau, hat eine Erfindung gemacht, die es Flugzeugen ermöglicht, mit bisher unbekannter Geschwindigkeit in bis heute unmöglichen Höhen zu liegen. Dadurch könnte die Reise von Paris nach Kairo in 5 nach Kairo in 11 Stunden zugeschlagen werden.

Ein Eisenbahngürtel. Wie die Cheminer Nachrichten melden, fuhr der von Annaberg kommende Personenzug in Wilnsdorf auf einen dort halten Güterzug. Hierbei wurden zwei Personen getötet, sieben schwer und mehrere leicht verletzt. Einige Wagen wurden beschädigt.

Feuerbrunst. Aus Triest wird berichtet: Eine Feuerbrunst zerstörte die Häuse der Seewerft von Montalcone.

Weinzeitung.

Mitteilung des Rheingauer Weinbauvereins.

An die Herren Weingutsbesitzer und Winzer!

Betrifft: Gemeinschaftlichen Bezug von Tabakfett, Rohnikotin und Schmierseife.

Diesen Weingutsbesitzer und Winzer, welche zur diesjährigen Heu- und Sauerwurmbekämpfung 8—10 prozentigen Tabakfett oder 98 prozentig Rohnikotin und Schmierseife benötigen, werden gebeten, ihre Bestellung spätestens bis 1. März dem Vorsitzenden des Vereins, Herrn Landes-Oekonomiker Ott in Rüdesheim, mitzuteilen. Zur Bekämpfung des Heu- und Sauerwurms sind für 1 Morgen Wiesen erforderlich 15 Kgl. 8—10 prozentig Tabakfett oder statt dessen 1½, Kgl. 98 prozentig Rohnikotin und 2½, Kgl. Schmierseife; wer nur den Sauerwurm zu bekämpfen beabsichtigt, kommt mit der Hälfte aus. Der Preis für 1 Kgl. 98 prozentig Rohnikotin wird voraussichtlich 56 Franken betragen; für Tabakfett und Schmierseife wird noch kein festes Preis zu ermitteln. Die Bekämpfung des Heu- und Sauerwurms hat sich auch im vorigen Jahre wiederum bewährt. — Es sei noch bemerkelt, daß sich zur Ausführung der Bekämpfung sämtliche Rebsorten mit Revolververstäubern verwenden lassen.

Schilling.

Oft- und Weinbauinspektor der Landwirtschaftskammer. □ Düsseldorf, 23. Febr. Bei den letzten Verkäufen von 1918er Weinen wurden hier, Winkel, Gelsenheim, Johanniskirch und Dorch für das Stück 1918er 6000—6500 M., in Hallgarten für etwa 120 Stück 1918er je 5000—6400 M. angelegt.

§ Aus dem Rheingau, 26. Febr. Die Vereinigung Rheingauer Weingutsbesitzer wird trotz bestehenden Schwierigkeiten ihre Frühjahrsversteigerungen in gewohnter Weise im Mai abhalten. Gegen 300 Halbstück sind bereits angemeldet; andere werden folgen. Die Hauptmasse der Versteigerung wird der 1918er ausmachen; doch kommen auch noch einige Posten älterer Jahrgänge zum Ausgebot. Sonst sind die früheren Jahrgänge im ganzen Rheingau ausverkauft. Auch der 1918er Wein der Winzer und Weingutsbesitzer, welche nicht zu dieser Vereinigung gehören, ist bereits größtenteils in andere Hände übergegangen. Der Durchschnittspreis betrug zuletzt M. 4500—5500 und

vereinzelt darüber für das Stück. Man darf geradezu von Massenverläufen reden. In manchen Rheingauorten war fast ein Sturmlauf auf Wein im Gange und der Wettbewerb noch lebhafter, als selbst bei dem 1917er Wein im vorigen Frühjahr. Trotz Steigens der Preise halten noch mehrere Winzer bis zum Üblich zurück, der bereits begonnen hat. — Bei dem scharfen Frostwetter (9—10 Grad R.) konnten in den Weinbergen nur Grundbewegungsarbeit und Röden vorgenommen werden. Diese Arbeiten sind so umfangreich, daß alle Hofsleute beschäftigt werden.

+ Nierstein a. Rh., 23. Febr. Hier wurden für 9 Stück 1917er je 12000 Mf., für eine Anzahl 1918er 6200—7000 Mf., in Dierdorf für 1918er 5500 Mf., in Rüdesheim 5700 Mf., in Deidesheim 5200 Mf. und in Oppenheim 7500 Mf. erhöht.

+ Eichendorf a. M., 24. Febr. Bei einigen hier vorgekommenen Verkäufen von 1918er Weinen brachte das Hektoliter 775 und 980 Mf.

X Aus Rheinhessen, 24. Febr. Recht gemischte Gefühle haben die seit Anfang November so sehr schwankenden Weinpreise in weiten Kreisen der Produzenten sowohl wie

der Weinhandler hervorgerufen. Als der gewaltige Preissturz sofort nach der Ernte so jäh einsetzte, beeilten sich Hunderte von Winzern, ihre Prezession schnell um einen annehmbaren Preis an den Mann zu bringen. Winzer wie Händler waren in Aufregung und standen ratlos den neuen Tatsachen gegenüber. Vielen Weinbauern verkaufte damals ihr Obst zu 1800—2000 Mark pro Stück, ja manchmal wurde er noch billiger abgegeben. Charakteristisch war dabei, daß selbst um diesen im Weinhandel der letzten Jahre nicht mehr erreichten Mindestpreis die Kauflust sehr gering war. Heute werden für diese damals verschleuderten Weine bereits wieder richtige Phantasielpreise von 5000—6000 Mf. gezahlt. Mancher Winzer hat so jetzt schon eine Einbuße von vielen Tausenden zu vergeilen. Über auch bei gar manchem Händler ist jetzt die Neue darüber eingelehrt, daß er die im Herbst betätigten Kaufabschlüsse, soweit sie vielleicht unter den jetzigen Preisen standen, nicht einhielt. Man weiß, daß gar mancher Prozeß damals in dieser Hinsicht drohte. Heute aber wäre man mit jenen Kaufabschlüssen wohl zufrieden. In der Tat hat der Weinhandel seit Menschengedenk in unserer Provinz keine ähnlichen unerhöhten Preisschwankungen und damit auch Vermögensverschiebungen

hervorgerufen und Händler gebracht wie seit dem Herbst 18. Nienvermögen wurden in wenigen Wochen verdient, u. Nienvermögen gingen auch ebenso schnell verloren; b. unkerte, wilde, bewegte Geschäftsbild aber ist heute noch d. gleiche bei höchstem Risiko.

D Königswalde (Rheinpfalz), 24. Febr. Hier wurde 6 Jäger mit 5000 Mf., in Luhbach mit 4000—60 Mf., in Gimmlingen mit 5500 Mf., in Neustadt mit 40—4800 Mf. bewertet.

H Mannheim, 25. Febr. Die Badische Landeszeitung in Mannheim schreibt, daß die pfälzische Regierung im Einvernehmen mit den französischen Behörden bestimmungen über die Beschlagnahme der Weine in einer Hochpreisfestsetzung erlassen hat. Daß durch diese Weine der 1918er Ernte nicht mehr aus dem Pfalz ausgeführt werden. Alle 1918er Weißweine der Winzauer und Großwinzer (Winzervereine und Winzergesellschaften), die am 7. Februar noch nicht verkauft waren, so zugunsten der Konsumverbände beschlagnahmt.

Verantwortlich: Adam Etienne, Destrich.

Holz-Versteigerung.

Samstag, den 1. März,

nachmittags 2 $\frac{1}{2}$ Uhr

beginnend, kommen im Fürstlich von Metternich'schen Walde, Distr. "Grüner Hügel" (oberhalb Stephanshausen) zur Versteigerung:

13 Am. Buchen-Scheitholz,
160 Knüppelholz,
87 Kleinerknüppel,
500 Wellen in liegenden Resten.

Domäne Schloß Johannisberg.

Landwirtschaftl. Zentral-Saatstelle.

Samenhaus

Joh. Georg Mollath,
MAINZ.

Ladenverkauf und Kontor: Markt 27—29.
Hauptlager: Dom-Magazin, Domstrasse.
Telefon 371. Telegr.-Adr.: Mollath Mainz.
Gegründet 1815.

Runkelrüben-Saaten

Die ertragreichsten und haltbarsten Sorten
Mollath's verb. Eckendorfer, gelbe
Mollath's verb. Vilmorins-Riesen
Lanker, weisse Futter-Zucker,
Origin. Friedrichswerther Zuckerwalze
sind eingetroffen!

Achtung
Händler, Hausierer.
Rhein- und Moselfälschung
Rhein- und Moselfälschung
Rhein- und Moselfälschung
Rhein- und Moselfälschung
Karten von Mainz, Wiesbaden bis Düsseldorf, bei
Kärtner, Mainz, Umbach 1.

Atelier für mod. Fotografie
Schusterstr. 28 MAINZ Schusterstr. 28
Moderne Fotos, Fotoskizzen, Gruppenbilder, Heimaufnahmen
Vergroßerungen nach jedem Bild. Grosses Lager in
Broschen und Anhänger. Aufnahmen dazu gratis.
12 Postkarten v. Mk. 2.50 an, 12 Fotos 75 Pfg. 12 Fotos Mk. 1.50.
Motivopassbilder sofort Aufführung.
Selbst bei jed. Witterung, bis abends 9 Uhr. Sonntags v. vorm. 10 bis mitt. 2 Uhr geschlossen
Bekr. Kopieranstalt, Entwicklung von Filmen & Platten u. Abdruck
auch ins Feld.

Geschäfts-Gröffnung.
Habe mein Geschäft als
Schuhmacher
eröffnet und bitte um geneigten Zuspruch. Auch werden
neue Schuhe angefertigt.
Achtungsvoll
Heinrich Böhler in Winkel,
Johannisbergerstr. Nr. 37.

Tabakbau der Heimat:

Statt besonderer Anzeige.



Schmerzerfüllt geben wir hierdurch bekannt, daß mein geliebter Gott, der treusorgende Vater unserer vier Kinder, unser lieber Sohn, Schwiegersohn und Schwager

Herr Chemiker Dr. ing.
Emil Davidbn,

nachdem er 8½ Jahre Frontdienst unverfehrt überstanden hatte, heute vormittag 11½ Uhr nach kurzer schwerer Krankheit im 47. Lebensjahr plötzlich verschieden ist.

Die tieftauernden hinterbliebenen:

i. d. N.

Frau Elsa Davidbn,
geb. Vogel.

Winkel (Rheingau), Ortenberg (Oberhessen), Hirrlach (Rh.)
Baitshausen und Bürbach (Wadern), den 26. Februar 1919.

Die Beerdigung findet Samstag nachmittag in 3½ Uhr statt.

Gegründet 1842.

L. RETTENMAYER

G. m. b. H.

WIESBADEN.



Zentrale: Nicolastrasse 5.

Fernsprecher: Nr. 12, 115, 124, 242, 2376 (Direktion 661).

Telegramm-Adresse: Rettenmayer, Wiesbaden.

Möbeltransporte von u. nach allen Plätzen.

Über-Land-Umzüge.

Lagerung ganzer Wohnungseinrichtungen, Reisegepäck und

Speditionsgüter im

Wiesbadener Möbelheim: 8000 qm Lagerfläche.

Sicherheitskabinen.

Spedition,

Rollfuhrwerk,

Lager,

Incasso,

Versorgungen.

Sammelladungen,

Commission,

Garten-Kle-

Verkauf

Versicherungen.



Reise-Büro: Kaiser Friedrich Platz 2.

Amtliche Fahrkarten-Ausgabe ohne Aufschlag.

Schlafwagenkarten.—Amtl. Gepäckabfertigung und Beförderung zu und von den Zügen.

Reisegepäck-Versicherung.

Reiseunfall-Versicherung.

Fernsprecher für Reisebüro: Nr. 242 und 2376.

Tägliches, bravest
Mädchen,

welches schon gedient hat, für
oder 15. März gesucht.

Frau Rechtsanwältin Lang,
Elville a. Rh.

Nur empfohlene Antworten unter Nr. A 450 an die Exp. des "Rheing. Bürgerfreund".

60 Gebund in Qualität
eichene Pfähle

zu verkaufen. Näheres in der
Expedition dieses Blattes.

Gelberübsamen

billig abzugeben.

Destrich, Ländstrasse 20.

Korken-Ankauf,

alte und neue, jedes Quantum,
guter Preis.

Korkenfabrik Wiesbaden,

Schwalbacherstr. 7. p.

Ein fast neuer doppelspanner

Vorderwagen

zu verkaufen.

Näheres Expedition d. St.

Ein fast neuer Herrschaftslandauer

auf Gummi nebst seinem silberplattierte

Handleiterwagen

sicher fortwährend zum Ver-

kaufe bei

Ph. Jos. Kneib,

Frei-Weinheim a. Rh.

Ph. Jos. Kneib,

Wich. Wagner,

Frei-Weinheim a. Rh.

Ein fast neuer Herrschaftslandauer

auf Gummi nebst seinem silberplattierte

Doppelspanner-Pferdegeldst

und ein braunes, siebenjährige

Wallachsfeld stehen zu ver-

kaufen in

Niederwalluf, Hauptstrasse 52.

Saat, Pflege
und Ernte.

Das Buch: Der Tabakbau in der Heimat. Eine kurze Anleitung über Tabakbau und Verarbeitung des Tabaks im Haufe. Von Oekonomietat Hoffmann, Landesstabakauschverbindungen enthält genaue Angaben über Boden, Fruchtfolge, Düngung, Bodenbearbeitung, Auspflanzungen, Ausbeuten, Kosten, Häufeln, Schädlingbekämpfung, Entzweiung oder Kötzen, Ausbeuten, Reife, Ernte, Herarbeitung, sowie 2 Abbildungen geschliffener Blätter zum Zigarettenwickeln. Preis d. Buches geg. Vereinsmitg. v. 1.—, Nachr. Mf. 1.25. Jol. C. Huber's Verlag, Dissen 131, München.